



www.bb-goettingen.de

# Basisdemokratisches Bündnis

*fragend schreiten wir voran*

## Editorial

Liebe Mitstudierende,

Es brodelt an der Sowi-Fakultät: Kurz nachdem der Uni-Präsident von Figura seine Pläne zur „Umstrukturierung“ der Fächer Pädagogik, Politik- und Sportwissenschaften verkündet hat, die einer faktischen Schließung gleich kommen, formiert sich auch schon der Protest: Studierende organisieren sich in Kleingruppen, die erste Vollversammlung lässt den ZHG 011er fast aus den Nähten platzen. Demonstrationen und Aktionen der Kleingruppen sorgen sehr bald für eine öffentliche Wahrnehmung.

Zum Beweis seiner angekündigten „Dialogbereitschaft“ verschanzte sich Herr von Figura indes im Präsidium, und lässt demonstrierende Studierende von der Polizei vorm Eingang prügeln. Wahrscheinlich setzt er auf ein baldiges Abflauen der Proteste. Der Fachschaftsrat Sowi kündigte stattdessen eine weitere Intensivierung der Proteste an, sollte den Forderungen der Studierenden nicht nachgekommen werden. Mit der Besetzung des Präsidiumsgebäudes am Wilhelmsplatz scheint genau dieser Weg eingeschlagen.

Die Pläne des Herrn von Figura gehen auf Landes-, Bundes- und EU-weite bildungspolitische Entwicklungen zurück, in dessen Kontext Herr von Figura diese auch begründet (Seiten 1-3). Er beruft sich dabei auf Berichte von sog. Evaluationen, die alles andere als neutral und objektiv einzuschätzen sind (Seiten 2-5 unten). Zu guter Letzt entpuppt sich die Einführung von Bachelor/Master-Studiengängen im Verbund mit dem sog. „Clustering“ als entscheidende Mittäterin bei der Schließung sogenannter „Orchideenfächer“ (Seite 4).

Die Demontage von Bildung und Wissenschaft ist aber kein reines Göttinger Phänomen: So ist z.B. die Einführung von Studiengebühren der Landesregierungen liebstes bildungspolitisches Kind. Bereits vor der Einführung der Gebühren können diese aus Sicht ihrer Verfechter als voller Erfolg betrachtet werden (Seite 5).

Hier schließt sich der Kreis der vielen Angriffe auf Studierende aller Fachbereiche: Nur ein starker, gemeinsamer Protest, auch im Verbund mit anderen Universitäten und gesellschaftlichen Gruppen, kann all dem noch einen Riegel vorschieben.

Aktuelle Berichte von Protest und weitere Analysen findet ihr wie immer auf unserer Homepage: [www.bb-goettingen.de](http://www.bb-goettingen.de)

Wir wünschen euch in diesem Sinne einen langen Atem für den Protest und viel Spaß beim Lesen!

## Schließen, Kürzen, Clustern – Hintergründe der „Umstrukturierungen“

*Die Pläne des Unipräsidenten Kurt von Figura zur „Umstrukturierung“ an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät kommen einer „faktischen Schließung“ ganzer Fachbereiche gleich. Dass es dabei in erster Linie nicht nur um die Sozialwissenschaften geht, ist mittlerweile deutlich geworden: Inzwischen geht es um alle Fakultäten, die dem Präsidenten eine private Verfügungsmasse an Mitteln freischaufeln sollen. Ein Blick hinter die Kulissen erhellt ein wenig die Dimension jener Entwicklungen, vor dessen Hintergrund die Pläne des Herrn von Figura entstanden sind...*

*...Seite 2*



**...außerdem in dieser Ausgabe:**

- **Die Wissenschaft wird gleichgeschaltet**  
Wie war das mit der Evaluation? (Seiten 2-5)
- **Never trust the Bachelor!** (Seite 4)  
Der Bachelor und die Orchidee
- **Studiengebühren: Ein voller Erfolg!** (Seite 5)  
Noch gar nicht da und doch schon wirksam: Studiengebühren erfüllen ihren Zweck

# Schließen, Kürzen, Clustern – Hintergründe der „Umstrukturierungen“

## Der Plan: Göttingen wird Elite!

Von Figura möchte aus Göttingen gerne eine Elite-Universität machen (BB berichtete: [www.bb-goettingen.de/?npage=157](http://www.bb-goettingen.de/?npage=157)). Das hat sicherlich ein bisschen mit persönlichem Narzißmus zu tun, vor allem aber mit den Geldern, die der Bund dafür locker machen möchte. 1,9 Mrd. Euro möchten Bund und Länder bis 2011 gerne an die Universitäten verteilen - bundesweit versteht sich und nicht alles an eine. Um nun an diese Gelder zu kommen, müssen die einzelnen Unis in einem harten Wettbewerb nachweisen, das sie in der Forschung in der Lage sind, international wahrnehmbare Leistungen zu bringen. Am Ende sollen einige wenige Hochschulen und Forschungsbereiche Geld bekommen, die große Masse wird leer ausgehen.

Hier ist der Unipräsident nun auf die Idee gekommen, aus einem Topf, auf den nur er zu-

## Die Lehre wird gleichgeschaltet!

Schöne Worte sind es mit denen in der aktuellen Bildungsdebatte um sich geworfen wird: Leistungsorientierte Mittelvergabe, W-Professuren, Lehr- und Forschungsevaluation. All das Begriffe, die nach Kontrolle der selbstherrlichen Professorenschaft klingen. Der Sound der Rebellion gegen die Ordinarienenuniversität anno 1968 findet seinen Nachhall im Mausclick, mit dem am heimischen Rechner per Lehrevaluation der Professor für die schlecht ausgearbeitete Vorlesung abgestraft wird.

Leider sieht die Realität ein wenig anders aus. Denn tatsächlich handelt es sich bei den meisten dieser neuen Techniken zur „Leistungsüberprüfung“ der Lehrenden um technokratische Instrumente, die entweder ihrem Zweck der Verbesserung von Forschung und Lehre nicht gerecht werden können, oder gar ganz anderen Zwecken dienen.

Der kritische Gehalt von Wissenschaft kann nur in der inhaltlichen Auseinandersetzung bestimmt werden. Jedoch gibt es Rahmenbedingungen, die die Entwicklung kritischen Denkens fördern und solche die es untergraben. Die aktuellen Entwicklungen tun letzteres.

## Dem Prof mal eins auswaschen

Viele Evaluationen, aber auch die Rhetorik der „Leistungsorientierten Mittelvergabe“ sprechen ein reales Problem der Studierenden an, um es jedoch im Sinne einer Politik zu instrumentalisieren, die auf die immer weitere Ökonomisierung der Bildung abzielt. Dieses reale Problem besteht darin, dass in der Tat ein Machtgefälle zwischen Studierenden und Professoren herrscht. Letztere können ihre Seminare weitgehend gestalten wie sie wollen. Sie sind einzig an die Leistungsanforderungen der Fakultät gebunden, nicht aber an die Interessen der Studierenden. Somit hängt es vom Good Will der ProfessorInnen ab, in wie weit er oder sie eigene Impulse der Studierenden zulässt oder nicht. Die Lehrevaluation erzeugt dem gegenüber den Eindruck, die Studierenden bekämen ein Druckmittel gegen ihre ProfessorInnen in die Hand. Diese müssen schließlich dafür sorgen, dass wir Studierende zufrieden mit ihnen sind, weil wir sie später beurteilen können. Politik und Hochschulleitung nutz-

greifen kann, einzelne Profilbildungsprozesse zu unterstützen. Gefüllt wird der Topf durch die Fakultäten, die jeweils 6,5 % ihrer Mittel abdrücken sollen.

An dieser Stelle tritt die geplante faktische Abwicklung der Fächer Politik, Pädagogik und Sportwissenschaften auf den Plan. Die dadurch frei werdenden Mittel sollen nämlich zu eben dieser Profilbildung benutzt werden. Die Ansage des Unipräsidenten ist nun ganz klar: Wenn ihr meine Vorschläge nicht wollt, dann denkt euch halt was eigenes aus. Klar ist nur: Gespart werden muss.

## Die autokratische Hochschulreform

Die Entscheidung, Fächer abzuwickeln kann der Uni-Präsident letztlich im Alleingang umsetzen. Im Rahmen der letzten Änderungen im Niedersächsischen Hochschulgesetz wurden weite Teile der ehemals zumindest formal demokratischen Hochschulverfassung entsorgt. Der Uni-Präsi wird demnächst nicht mehr vom Senat, also dem von den Mitgliedern der Hochschule gewählten Gremium, gewählt, sondern vom Stiftungsrat, also einem Gremium in dem vor allem Mitglieder aus Politik und Wirtschaft sitzen.

Das Ganze folgt der Logik, dass es einen starken Mann (oder - wenn auch seltener - eine starke Frau) geben müsse, der dann die notwendigen Entscheidungen im Alleingang durchziehen kann. Der Uni-Präsident als kleiner Diktator ist damit nicht mehr nur ein Karrikatur, sondern längst Realität. Entsprechend kann Kurt von Figura auch schalten und walten wie er will. Seine hochmütige Art, mit der er Entscheidungen am Rest der Universität vorbei organisiert, hat ihren realen Kern in den neuartigen Machtbefugnissen, die noch vor zehn Jahren undenkbar waren.

Entsprechend hat der Stiftungsrat sich mittlerweile auch schon hinter die Entscheidung des Präsidenten gestellt. Es gehöre zu seinen Aufgaben, „die Planungsaktivitäten der Fakultäten [...] für eine Schwerpunktbildung“ (zitiert nach Göttinger Stadtradio) voranzutreiben. Auch der Stiftungsrat möchte die Uni Göttingen gerne als Elite-Universität sehen. Und dafür braucht es eben einen starken Präsidenten, der autokratische Entscheidungen zu treffen in der Lage ist. Hier verbinden sich die aktuellen Kürzungsmaßnahmen, die neue Hochschulstruktur und das Gerede von Elite-Universitäten. Das eine geht - letztlich - nicht ohne das andere.

## Was bringt uns die Elite?

Im Rahmen der neuen „Exzellenzinitiative“ versuchen Bund und Länder die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Hochschulen zu verbessern, wie es auf den einschlägigen Internetseiten heißt. Dabei sollen zwischen 2006 und 2011 insgesamt 1,9 Mrd. Euro zusätzliche Mittel in die Hochschulen gepumpt werden. Jeweils fünf Hochschulen sollen 2005 und 2006 zu Elite-Universitäten ernannt werden. Dafür winken insgesamt 20 Mio. Euro. Zusätzlich gibt es noch für einzelne Forschungsschwerpunkte (sog. „Exzellenzcluster“) und für Graduiertenkollegs extra Mittel. Aber auch hier gilt, das die Anzahl der Bewerbungen die Anzahl der vergebenen Schwerpunkte um ein vielfaches übersteigt.

Die Entscheidung über die Vergabe erfolgt dabei natürlich auch in weiten Teilen politisch, es wäre illusorisch davon auszugehen, das es tatsächlich objektifizierbare Kriterien gibt, an denen sich solche Entscheidungen orientieren könnten. Wie dem auch sei - wirklich viel hat Göttingen hier nicht zu erwarten. Mittel- bis langfristig wird es für Göttingen kaum möglich sein, ein wie auch immer geartetes Elite-Niveau zu halten. Fragt sich also, welchen Sinn es macht, hier in großen Mengen Ressourcen drauf zu verschwenden. Denn das ist klar: bei weiteren 8,5% der Mittel geht es nicht um Peanuts!

## Eine Welt voller Widersprüche

Überhaupt wird bei den Plänen der systematische Irrsinn deutlich, der die derzeitigen „Strukturereformen“ an den Hochschulen kennzeichnet. Auf der einen Seite sollen alle Unis ein individuelles Profil ausbilden - auf der anderen Seite tun sie das regelmäßig dadurch, das sie einen naturwissenschaftlich-medizinischen Schwerpunkt ausbilden. Auf die Idee, ein geisteswissenschaftliches Zentrum zu gründen, ist noch niemand gekommen (Nicht dass das wünschenswert wäre, aber es sollte doch mal erwähnt werden!). Kein Wunder, geht es doch letztlich nicht um eine relativ beliebige Schwerpunktauswahl, sondern um eine Ausrichtung der Unis an den Bedürfnissen von Wirtschaft und Standort. Die sollen nämlich die zusätzlichen sog. „Drittmittel“ bringen, mit denen die Unis aus ihrer Finanzmisere herauszukommen versuchen.

Hier wird deutlich, das in der Debatte unterschiedliche Argumente auf unterschiedlichen Ebenen nebeneinander existieren, ohne das ihre systematischen Widersprüche auffallen würden. Ein anderes Beispiel: Einerseits soll der Wettbewerb zwischen den Universitäten und Studiengängen gestärkt werden. Andererseits

ten diese widersprüchlichen Interessen jedoch in ihrem Sinn. So war die Lehrevaluationen, die im letzten Semester das erste Mal zentral verordnet wurde, von der Art der Fragen her gar nicht in der Lage, zu evaluieren, wie einzelne Veranstaltungen verbessert werden könnten. Stattdessen waren die Fragen so konzipiert, dass sie es einzig zuließen Veranstaltungen in Gute und Schlechte einzuteilen. Wie die Ergebnisse solcher Evaluationen genutzt werden, kann aktuell an dem Versuch des Uni-Präsidenten studiert werden, die Politikwissenschaften abzuwickeln. Dabei verweist der Präsident immer wieder auf das angeblich schlechte Abschneiden der Politikwissenschaften bei der Forschungsevaluation der wissenschaftlichen Kommission Niedersachsens. Unabhängig von der Richtigkeit dieser Aussagen wird hier deutlich, wie Evaluationen genutzt werden. Die Studierenden, die ihrem Profen mal eins auswaschen wollten, können sich mit einem mal mit der Situation konfrontiert sehen, dass ihre eigenen Angaben genutzt werden, um ihnen den Studiengang vor der Nase weg zu kürzen!

werden munter die Angebote verknappt, indem einem Studiengang nach dem anderen der Garaus gemacht wird. Wo soll denn bitte der ökonomische Anreiz zu besserer Forschung liegen, wenn ein Großteil der direkten Konkurrenz per Clusterbildung ausgeschaltet wurde? Und überhaupt: Wo bleibt die vielzitierte Vergleichbarkeit der Studiengänge, die durch B.A./M.A. erreicht werden soll, wenn gleichzeitig ein Qualitätsunterschied zwischen den einzelnen Lehrstandorten angestrebt wird?

Diese Widersprüche lassen sich auch auf der Ebene des persönlichen Bildungsweges nachvollziehen. Da wird uns einerseits gesagt, wir sollten einen individuellen Bildungsweg gehen um dann in Marktnischen vorstoßen zu können. Und andererseits werden durch Bachelor/Master die Studiengänge derart verregelt und gleichgeschaltet, das am Ende ohnehin alle dasselbe gelernt haben.

Wir sollten also vorsichtig sein und den Argumenten, die uns entgegengebracht werden, grundsätzlich misstrauen. Denn wenn sie sich prinzipiell mit anderen Argumenten widersprechen, die von den selben Leuten vorgetragen werden, dann sind sie entweder nicht ordentlich durchdacht oder schlichtweg nicht ernst gemeint.

## Sparwahn und neue Hochschulfinanzierung

Passend dazu gibt es Bestrebungen, die Mittelzuweisungen stärker von der Studierendenzahl abzukoppeln und an andere Kriterien wie etwa die Drittmittel zu binden. Damit ergeben sich neue Sparpotentiale für die Landeshaushalte. Drittmittel aus der Wirtschaft und dem Portemonnaie von Studierenden (sog. Studiengebühren) sollen dann dazu beitragen, die gebeutelten Unihäuser zu sanieren. Einzuschränken haben sich dabei aber grundsätzlich alle: die einzelnen Fakultät ebenso wie die Studierenden.

Es läuft also letztlich wieder auf das hinaus, was uns allen nur allzugut aus vielen anderen Diskussionen bekannt ist. „Die obligatorische Problemstellung lautet dabei: Welche ökonomischen Opfer müssen welchen Personengruppen [...] zugemutet werden, um die globale Produktivität zu steigern? Die globale Produktivität, das wird vorausgesetzt, bedarf des umfassenden Wettbewerbs [...] Man kann darüber verhandeln, ob die Opfer gemildert, zeitlich gestreckt, rechtzeitig angekündigt oder partiell kompensiert werden können. Daß Opfer gebracht werden müssen, ist innerhalb des Diskurses aber ausgemacht“ (Christoph Spehr) - egal welche Position innerhalb der Debatte gerade eingenommen wird.

Vielleicht wird weniger in einem Fachbereich

gekürzt, vielleicht werden die Kürzungen um ein paar Jahre nach hinten verschoben. Vielleicht kommen die Studiengebühren ein Jahr später als zunächst gedacht. Vielleicht betragen sie am Anfang nur 500 und nicht gleich 1000 Euro. Die Richtung als solche ist aber stets vorgegeben.

## Umfassender Widerstand nötig!

Eines scheint mittlerweile klar: Es geht nicht um ein Privatproblem der Sozialwissenschaftlichen Fakultät. Es geht vielmehr um viel grundsätzlichere Fragen: Um die Frage danach, wer an einer Institution wie der Universität eigentlich Entscheidungen trifft. Um die Frage danach, ob aus ökonomischen Überlegungen heraus in die Freiheit von Wissenschaft und Forschung eingegriffen werden darf. Es geht um die Frage von Bildung und darum, welche Rolle Studierende zukünftig an den Unis spielen sollen. Es geht um die Frage, ob es bildungs-, wissenschafts- und demokratietheoretisch sinnvoll sein kann, mehr „Elite“ und weniger „Masse“ zu fordern. Und nicht zuletzt geht es ganz banal um die Fächervielfalt nicht nur an der Uni Göttingen: Jedemal wenn ein Unipräsident über Orchideenfächer spricht, sind diverse Studiengänge und Forschungsbereiche in Gefahr.

Und nicht zuletzt: es geht darum, wie gesellschaftliche Entscheidungen getroffen werden. Wie kann es sein, das die Maxime, wir alle hätten uns eben einzuschränken und jede und jeder müssten sein Schärflin dazu beitragen, über jedem tiefergehenden Diskussionsprozess steht? Wo bitte ist der Gestaltungsspielraum von Politik, wenn angeblich alles unausweichlich ist? Was soll dann Demokratie?

Widerstand gegen diese Entwicklungen kann also nur dann erfolgreich sein, wenn er die Gesamtsituation in den Blick nimmt und sie angreift. Und wenn er einen langen Atem hat. Die 4-wöchigen Protestperioden der letzten Jahre kennen die BildungspolitikerInnen nur allzugut. Sie wissen, besser: sie glauben zu wissen, das wir nach ein paar Wochen ohnehin wieder zum Alltag übergehen. Erst wenn wir ihnen zeigen, das sie sich irren, haben wir eine Chance, diesen Wahnsinn zu verhindern!

Beispiele wie die geplanten Fächerschließungen 2001 in Siegen oder der verhinderte Verkauf der VWL von Heidelberg nach Mannheim zeigen: Es kann auch kurzfristige Erfolge gegen Fächerschließungen geben. Es lohnt sich zu kämpfen. Langfristig wird der Erfolg aber nichts desto trotz von einer weitergehenden Debatte um die Rolle von Bildung in der Gesellschaft abhängen.

[julian.bierwirth@bb-goettingen.de](mailto:julian.bierwirth@bb-goettingen.de)

Aktuelle Berichte über Proteste und Entwicklungen:  
[www.bb-goettingen.de/berichte](http://www.bb-goettingen.de/berichte)

Diskutiert mit uns über diesen Artikel:  
BB-Diskussionsveranstaltung „Perspektiven des Protests“ auf der 48h-Uni, Mi, 7.11, 16 Uhr Oec1

## Was ist Leistung?

Ein noch brisanteres Problem stellen die Kriterien dar, nach denen die Qualität von Forschung erhoben werden soll. Denn Güte von Wissenschaft ist nicht so eindeutig bestimmbar, wie die von Autos oder der Vollmilch im Supermarkt. Fällt bei einem Auto der Auspuff ab, oder ist die Milch weit über dem Haltbarkeitsdatum, so lassen sich recht eindeutig Aussagen über die Qualität dieser Produkte machen. Wissenschaft, jedoch ist die Suche nach Wahrheit. Alle die sich schon länger an der Uni befinden wissen, dass es hierfür keine definierbaren Kriterien gibt. Wo eine Definition versucht wird, gibt sie Anlass zur Auseinandersetzung. Die Wissenschaft ist voll von Methodenstreits, Paradigmenwechseln und gegenseitiger Kritik. Das ist auch gut so, weil sie nur so ein dynamischer Prozess auf der Suche nach Wahrheit bleibt,

<sup>1)</sup> Dass das Präsidium mit Evaluationen ganz andere Pläne verfolgt, als die Interessen der Studierenden zu stärken, wird daran deutlich, dass es Überlegungen gibt, die Teilnahme an den Evaluationen verpflichtend zu machen, wenn sich nicht genügend Studierende an ihnen beteiligen.

statt zu Ideologie zu erstarren, die sich selbst nicht mehr hinterfragt. Diese Tatsache wird bewusst übergangen, wenn eine Gruppe von WissenschaftlerInnen zu ExpertInnen ihres Faches erklärt werden, die nun nach „objektiven Kriterien“ die Güte der Forschung ihrer KollegInnen bestimmen sollen. Denn diese KollegInnen können mitunter knallharte KonkurrentInnen in einem aktuellen Forschungsstreit sein. Eine objektive Bestimmung der Kriterien für richtige Forschung ist also eine Illusion. Im Gegenteil: Forschung lebt im Idealfall gerade vom Austausch und der Debatte über diese Kriterien. Deshalb herrscht, wo dieser Anspruch erhoben und durchgesetzt wird de facto nichts anderes als die Macht des Stärkeren. Gerade Ansätze, die kritisch zur herrschenden Lehrmeinung stehen, können so unter dem ergaunerten Banner der Wissenschaftlichkeit unterdrückt werden.

Eine andere Form der strukturellen Behinderung kritischer Ansätze entwickelt sich mit der leistungsorientierten Mittelvergabe. Ein Teil der Mittelvergabe soll künftig an Leistungen gekoppelt werden. Hierzu gehört die Einwerbung von Drittmitteln ebenso, wie die Publikationshäufigkeit in Fachzeitschriften. Doch Fachzeitschrift ist nicht gleich Fachzeitschrift. Denn die Publikationen in

## Welche Fächer sind konkret betroffen?

Konkret hat von Figura folgende „Idee“ in die „Debatte“ gebracht: An der Sozialwissenschaftlichen Fakultät sollen nur noch Ethnologie und Soziologie als wissenschaftliche Forschungsgänge angeboten werden. Politik und Sport soll es nur noch als Lehramts-Studiengänge geben. Die Pädagogik soll sich auf empirische Schulforschung konzentrieren und nebenbei den pädagogischen Teil der LehrerInnenausbildung übernehmen. Das sind die Facts, die der von Figura bekanntgegeben hat.

Ein paar Dinge sagt er allerdings nicht dazu - vermutlich sind sie ihm auch gar nicht bewusst: Die empirischen SchulforscherInnen sind keine PädagogInnen in dem Sinne, als das sie qualifiziert wären, LehrerInnenausbildung durchzuführen. Ihr Arbeitsschwerpunkt liegt in empirischen Methoden und Statistik. Damit sind die Kürzungsvorschläge mit einem Absinken der Qualität der LehrerInnenausbildung verbunden. Darüber hinaus stellt der Mittelbau der drei betroffenen Fächer einen Großteil der Ausbildung im Fach „Geschlechterforschung“, das damit ebenfalls nicht mehr sicher wäre. Ebenfalls betroffen sind natürlich alle Fächer, die gerne und oft mit Politik, Sport oder Pädagogik kombiniert werden. Also neben Soziologie und Ethnologie etwa Geschichte, Jura, Wirtschaftswissenschaften oder Geographie - um nur ein paar zu nennen. Bei den Sportwissenschaften kommt dazu, das es sich um die einzige Fakultät in Niedersachsen handelt, die das Fach in seiner ganzen Breite forschend und lehrtechnisch umfasst. Weshalb das Argument des „Clustering“ hier nun überhaupt keinen Sinn macht.

Letztlich sind solche Überlegungen zu den Auswirkungen auf die Lehre nur zweitrangig. Das worum es von Figura geht, ist eine Schwerpunktbildung im Forschungsbereich. Wenn die Lehre leidet, fällt das unter Kollateralschäden. Das Ganze ist natürlich eine recht kurzfristige Angelegenheit: Sollte sich diese Haltung dauerhaft an den deutschen Universitäten durchsetzen, würde nicht die angestrebte Qualitätserhöhung dabei herauskommen, sondern eher ein Absinken. Denn qualifizierter wissenschaftlicher Nachwuchs dürfte demnächst rar werden...

# Never trust the Bachelor!

*Der Uni-Präsident von Figura wird die Entwürfe für die Bachelor-Studiengänge Pädagogik, Politik- und Sportwissenschaften nicht zur Akkreditierung einreichen. Das verkündete er am 10.11. auf der Fakultätsratsitzung der SoWis, und besiegelte damit das faktische Ende dieser drei Fächer. Einen Bachelor einzuführen könne er nicht verantworten, da unter den gegebenen Umständen die erforderliche Lehrqualität nicht zu garantieren sei, so seine Begründung.*

So ganz Unrecht hat er damit nicht. Rosig ist die Situation der Lehre in diesen, und vielen anderen Fächern, nicht. Die Kürzungsprogramme der vergangenen Jahre, die er selbst gerne verteidigt oder gleich selbst mit gestaltet, haben die Universitäten konsequent handlungsunfähig gespart. Die Zahl der Seminare und Vorlesungen wird seitdem kleiner, während die Zahlen der Studierenden pro Lehrveranstaltung entsprechend größer werden.

## Bachelor vs. Orchideenfächer

Aber darum ging es Herrn von Figura auch gar nicht. Sein Argument bezog sich nicht so sehr auf die Frage, ob die Fächer überhaupt in der Lage wären, ihren Lehrbetrieb aufrecht zu erhalten, sondern vielmehr darauf, ob die Fächer in der Lage sind, einen Bachelor-Studiengang anzubieten. Unter dieser Voraussetzung sieht die Sachlage auch schon ganz anders aus: Die notwendigen Voraussetzungen, die für die Einführung eines Bachelor-Studiengangs erfüllt sein müssen, sind so angelegt, dass sog. Orchideenfächer (kleinere Fachbereiche) strukturell benachteiligt sind. Denn um einen eigenständigen Bachelor anzubieten ist mehr Lehrkapazität notwendig, als kleinere Fachbereiche bisher leisten mussten. Prinzipiell ist mehr Lehre begrüßenswert, wenn auch nicht unbedingt in der Form der verregelten und vereinheitlichten Bachelor-Studiengänge. Unter den gegebenen Umständen hat dies allerdings nicht den Effekt, das Lehrangebot zu verbreitern, sondern ganz im Gegenteil entpuppt sich der Bachelor als Schnitter der Orchideenfächer. Da in Zukunft im Rahmen des sog. *Bologna-Prozesses*<sup>1</sup> der Bachelor (mit wenigen Ausnahmen) als alleiniger Studiengang durchgesetzt werden soll, wird nur noch lehren können, wer einen vollständigen Bachelor anbieten kann.

Was nicht in das Bachelor-Konzept

passt, steht damit vor dem aus. Der einzige Ausweg, der den Orchideenfächern bleibt, ist sich als „Modul“ einem anderen Bachelor-Studiengang anzugliedern, insofern das Fach in das Konzept dieses Bachelors passt. So braucht es z.B. einen gemeinsamen „Schwerpunkt“, was gerade jene Vielfalt wieder einbettet, die die Orchideenfächer darstellen. In vielen Fällen macht ein Bachelor aus vielen kleinen Fächern gar keinen Sinn: Z.B. Fächer wie Japanologie und Sinologie zu einem „BA Ostasienwissenschaften“ zusammenzufassen wäre absurd: Eine umfassende Sprachausbildung in mageren 6 Bachelor-Semestern zu gewährleisten ist illusorisch.

In dieser Hinsicht müssen nicht nur die drei Sowi-Fächer um ihr Fortbestehen bangen. Herrn von Figuras immer häufigere Rede davon, dass er sich für „die vielen Orchideenfächer in Göttingen rechtfertigen“ müsse, lässt nichts Gutes erahnen. An der philosophischen Fakultät zeichnen sich bereits die nächsten „Kollateralschäden“ der laufenden „Umstrukturierungen“ ab.

## Do you fit in?

Dass der Hebel zunächst an den sozial- und geisteswissenschaftlichen Fächern angelegt wird, geschieht allerdings nicht ganz zufällig. Dies zeichnete sich bereits an Auseinandersetzungen um den Bachelor im Vorfeld ab: Ein konsistentes Konzept auszuarbeiten gestaltete sich gerade an der Sowi-Fakultät schwierig. Besonders die Politik geriet als erstes unter Beschuss, weil zunächst kein einheitliches Bachelor-Konzept vorgelegt werden konnte.

Dies ist aber nicht einer „Führungsschwäche“ des Seminars für Politikwissenschaften geschuldet, wie von Figura bereits seine damalige Schließungsdrohung begründete. Vielmehr lassen sich die Unstimmigkeiten auf einen durch den Bologna-Prozess forcierten, ideologischen Bildungs- und Wissenschaftsbegriff zurückführen, der sich in der Struktur des Bachelors ausdrückt: „Bildung“ wird hier als Vermittlung von beliebig quantifizierbarem, objektivem Wissen verstanden, dass vom Dienstleister Uni den Studierenden verkauft wird. Ein selbstbestimmter Reflektionsprozess, geschweige denn eine kritische Auseinandersetzung, kann darin nicht vorkommen. Folgerichtig braucht es in diesem Konzept auch keine pluralen Wissenschaften - verschiedene Ansätze

werden qua „Schwerpunktbildung“ eingebettet. Ein universelles und umfassendes Studium verliert vor diesem Begriff unzusammenhängender Wissensquanta seine Begründung - damit passen auch das Einebnen der Fächervielfalt und das sog. „Clustering“<sup>2</sup> ins Konzept. Der Bachelor degradiert vielmehr das Studium zur vereinheitlichten Grundausbildung, die unter der Ägide der „Vergleichbarkeit“ weder verschiedene Ansätze, noch individuelle Studienverläufe erlauben kann. Die „Reibungen“ bei dessen Einführung gehen also weniger auf eine „Schwäche“ der Fächer, als vielmehr auf die gleichschaltenden und für vielfältige Wissenschaft unpassenden Kriterien des Bachelor-Konzepts zurück.

## Fazit

Nun erscheint die Akkreditierung des Bachelors der drei betroffenen Sowi-Fächer zunächst als die „realistischste“ Forderung, um jene Fächer zu retten. Jedoch hieße das, den Bock zum Gärtner zu machen, denn eine solche Rettung stünde von Anfang an auf wackeligen Beinen: Ist doch der Bachelor gerade einer der Instrumente zur „Umstrukturierung“, vor dessen Realität die betroffenen Fächer nun stehen. Stattdessen gilt es dem reduzierten Bildungsbegriff einen Gegenentwurf entgegen zu setzen, der mindestens den Magister zurück, oder, wenn wir schon beim „Umstrukturieren“ sind, besser gleich ein darüber hinausgehendes, selbstbestimmtes Studium einfordert. Das erfordert auch eine weitergehende Kritik an den maßlosen Kürzungen, den Konzepten von Elite-Uni, „Clustering“ und natürlich dem Bachelor bis hin zum Bologna-Prozess und dessen Wurzeln (siehe Seite 2). In einem solchen Kontext bekommt der Erhalt der Fächervielfalt einen Sinn und eine „realistische“ Perspektive.

[patrick@bb-goettingen.de](mailto:patrick@bb-goettingen.de)

<sup>1</sup> Ein *Fill-weites Programm zur Umstrukturierung* des Bildungssektors: Wesentliche Bestandteile sind die Einführung von BA/MA und eine stark am Arbeitsmarkt und an ökonomischen Kriterien orientierte Bildungslandschaft. (vgl. „Bologna oder Frikasse“: [www.bb-goettingen.de/?npage=140](http://www.bb-goettingen.de/?npage=140))

<sup>2</sup> Ein weiterer Grund, der für die Schließungen angeführt wird: Beim „Clustering“ sollen Schwerpunkte an einzelnen „Standorten“ gebildet werden, die verschiedene Fächer von unterschiedlichen Universitäten konzentrieren.

unterschiedlichen Fachzeitschriften sollen je nach der Gewichtigkeit der Zeitschrift unterschiedlich bewertet werden. Auch diese Gewichtigkeit wird natürlich nicht nach objektiven Kriterien festgelegt. Stattdessen steht zu befürchten, dass sie von den institutionell etablierten Kräften festgelegt wird. Kritik jedoch entwickelt sich ja gerade in Abstoßung zu etablierten Positionen, steht also in Auseinandersetzung mit ihnen. Gerade die VertreterInnen der Positionen, die von kritischen WissenschaftlerInnen in Frage gestellt werden, entscheiden nun aber über die Gewichtigkeit von Publikationen. Haben kritische WissenschaftlerInnen kein Zugang zu den etablierten Publikationen, werden sie bei der Mittelvergabe, zusätzlich benachteiligt. So wird durch die Art der Mittelvergabe Kritik strukturell verhindert. Einen kritischen Ansatz zu unterstützen, wird so für ein Seminar nicht mehr nur eine Frage von wissenschaftlicher Reputation, sondern kann zu einer existenziell finanziellen Frage werden. Noch problematischer ist das Kriterium der Drittmittelzuweisung. Denn natürlich werden auch zusätzliche Forschungsgelder von sog. Dritten, nicht ohne Interessen vergeben. Die etablierte Wissenschaft war schon immer - seit den ersten Universitätsgründungen durch die meist ade-

ligen Mäzene im ausgehenden Mittelalter - ein widersprüchlicher Prozess. Zum einen wurde sie von der jeweiligen Herrschaft gefördert. Auf der anderen Seite wurde die Legitimität dieser Herrschaft durch die Ergebnisse der Wissenschaft bisweilen schwer erschüttert. Die Herausforderung für die herrschaftliche Organisation der Wissenschaft bestand also schon immer darin, Wissenschaft zwar zu fördern, aber ihre subversive Spitze zu brechen. Was das für die heutige Zeit bedeutet ist eindeutig: Selbstverständlich hat ein Konzern wie Volkswagen größere finanzielle Mittel zur Verfügung, als etwa ein Zusammenschluss von Erwerbsloseninitiativen. Mit diesem Geld kann Volkswagen - um ein lokales Beispiel zu nehmen - das SOFI<sup>2</sup> beauftragen, darüber zu forschen, wie der Konzern flexible Arbeitszeitmodelle einführen kann. Dieses materielle Interesse ist mit einem Finanzbudget ausgestattet, das es für das SOFI äußerst attraktiv macht. Das Ergebnis heißt 5000x5000 und wird seit mehreren Jahren als Erfolgskonzept verkauft um Arbeitsplätze zu schaffen. Der Ruhm von Peter Hartz, der ihm den Vorsitz der nach ihm benannten Kommission einbrachte, stammt von seiner Federführung über dieses Projekt. Stu-

<sup>2</sup> Ein Forschungsinstitut, das an die SoWi Fakultät angebunden ist.

# Studiengebühren bereits vor der Einführung ein voller Erfolg



*Bereits vor Ihrer Einführung sind die Studiengebühren ein Erfolg für das Land und die Universität. Das sollte allen auffallen, die einen Blick auf den eigenen Stundenplan oder den der Mitstudierenden geworfen hat.*

Wer das tut, dem dürfte nicht entgangen, dass die Veranstaltungsdichte, die sich die Einzelnen zumuten, enorm zugenommen hat. Natürlich gibt es hier keine repräsentativen Umfragen oder Evaluationen, obwohl ansonsten inzwischen so ziemlich Alles und JedeR zu jedem Thema evaluiert oder befragt wird. Doch wer die Stundenplanberatungen in den O-Phasen mitgemacht hat, oder sich den Stundenplan der Menschen anschaut, die in den Seminaren und Vorlesungen neben einem sitzen, hat wahrscheinlich schon gemerkt, dass die Mitstudierenden von demselben Druck getrieben werden, wie man selbst.

Seitdem die Landesregierung ihre Studiengebührenpläne verkündet hat, herrscht bei den meisten Studierenden eine neue Zeitrechnung. Seit der Einführung der Langzeitstudiengebühren lautete diese Zeitrechnung in etwa Regelstudienzeit + vier, dann muss ich fertig sein, weil ab dann 500 Euro im Semester fällig werden. Nun wissen alle, egal in welchem Semester sie sind, dass sie noch genau bis zum Sommersemester 2007 Zeit haben. Ab diesem Zeitpunkt müssen Alle bis auf wenige Ausnahmen die real fast 700 Euro zahlen. Das erzeugt den Druck, bis dahin Scheinfrei zu werden, um die Dauer des Bezahlstudiums möglichst kurz zu halten. Auch die Lehrenden spüren den Druck ihrer Studierenden bereits.

Da so viele Pflichtveranstaltungen belegt werden, wie die 24 Stunden des Tages hergeben, ist es nicht mehr möglich, auch alle diese Veranstaltungen, etwa durch gründliche Textlektüre angemessen vorzubereiten. Stattdessen entsteht ein autoritärer Lehrstil, der den meisten wahrscheinlich noch aus der Schule bekannt ist: Nicht mehr das fachliche Interesse an dem einen oder anderen Thema entscheidet, wie intensiv sich damit auseinander gesetzt wird, sondern zunehmend die Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten der Lehrenden. Gibt es keine Überprüfung der Vorbereitung, dann gibt es auch keinen Grund sich vorzubereiten. Wir alle kennen diese Denkweise und jedeR spürt, dass sie mit den Studiengebühren im Nacken immer mehr zunimmt - auch die Dozierenden. Und so werden immer mehr Instrumente der Leistungskontrolle eingeführt: wöchentliche Textzusammenfassungen, regelmäßige Kontrollen die auf stumpfe Wissensabfragen hinauslaufen usw. Alles eben - richtig: wie in der Schule.

Beschäftigten hat, können dagegen nicht so selbstverständlich auf finanzstarke Förderer setzen. So wird Wissenschaft nicht eingesetzt, um Herrschaft zu kritisieren, sondern um Herrschaftstechniken zu verfeinern.

Dieses Problem bestand bei der Verwaltung von Forschung schon immer. So lange jedoch die Entscheidung darüber, welche Forschung wünschenswert ist, in der öffentlichen Debatte statt fand, konnte dieser Einseitigkeit der Forschung entgegen gesteuert werden. In der öffentlichen Debatte konnte - zumindest dem Ideal nach - die Wichtigkeit von Themen bestimmt werden, unabhängig davon, ob es finanzstarke Förderer gab oder nicht. Die Schwerpunkte der Forschung waren damit - zumindest potentiell - Ergebnisse eines öffentlichen Meinungsbildungsprozesses. Indem die Zuweisungen öffentlicher Mittel, an Drittmittel gebunden werden, wird dieses demokratische Prinzip zunehmend ausgehebelt. An seine Stelle tritt die Subventionierung von Forschung, im Sinne wirtschaftlicher Interessen.

Alles in allem verhindern die Maßnahmen, die die aktuellen Bildungsformen prägen, kritische Forschung und damit letztlich auch kritische Lehre. Sie tragen dazu bei, die Entscheidungen über die Inhalte von Wissenschaft

## Der „Sinn“ von Studiengebühren

Und genau hierin liegt der Erfolg von Studiengebühren bereits vor ihrer Einführung, der darauf verweist, welchem Zweck sie eigentlich dienen sollen. Laut Uni-Präsident und Wissenschaftsminister sollen sie die Einnahmesituation der Universitäten verbessern. Denn das Land könne die Finanzierung nicht mehr leisten, da „kein Geld da sei“ und so müssten sich die Unis das Geld eben zusätzlich von den Studierenden holen. Dass das Land die Zuweisungen zu den Unis nach der Einführung von Studiengebühren auf ihrem jetzigen Stand beibehalten wird, glauben seit der als „Zukunftsvertrag“ bezeichneten Kürzungsrunde, die mit der Einführung von Studiengebühren einher geht, nicht einmal mehr die Gebührenbefürworter. Bleibt nur noch das Sachzwangargument, dass kein Geld da sei, um die Bildung anderweitig zu finanzieren. Damit zieht sich die Politik geschickt aus der Affäre. Indem sie auf die höhere Macht der Kassenlage verweist, muss sie sich nicht mehr auf eine Debatte über die Wirkungen einlassen, die Studiengebühren auf die Gesellschaft im Allgemeinen und die Bildungslandschaft im Speziellen haben. Dabei wird bereits auf den zweiten Blick deutlich, dass dieses „Argument“ nicht sonderlich schlüssig ist. Denn Studiengebühren bedeuten ja nichts anderes, als dass Geld, das offenbar vorhanden sein muss von privater Hand in die Studienfinanzierung fließen soll, statt wie bisher aus der öffentlichen Hand. Also keine Rede davon es sei „kein Geld da“. Vielmehr wird vorausgesetzt, dass es eine zahlungskräftige Kundschaft gibt, oder eine die es werden wird (Studienkredite). Studiengebühren sollen, also nach dieser Logik, nicht eingeführt werden, weil „kein Geld“ da ist, sondern weil es an anderer Stelle ist. Darauf jedoch hat die Politik einen potentiellen Einfluss. Den hat sie in den letzten Jahren auch genutzt. Jedoch in einer Art und Weise, die vor dem Hintergrund, des Klagens über die klammen Kassen, äußerst eigenartig wirkt. Die vergangenen Jahre waren in der Steuerpolitik geprägt von einer massiven Entlastung von Gewinnen, Vermögen und hohen Einkommen. So fiel der Anteil der Steuern auf Gewinne und Vermögen am BIP in der Zeit von 1980 bis 2001 von 6,6% auf 3,8%, wohingegen der Anteil der Lohnsteuern am BIP in dieser Zeit gestiegen ist. Die Absenkung des Spitzensteuersatzes durch Rot-Grün hat zu

einer immensen Entlastung von Jahreseinkommen über 500.000 Euro geführt. Vor diesem Hintergrund lohnt es sich noch einmal einen Blick auf die Argumente der Studiengebührenbefürworter zu werfen. Diese behaupten, dass Studiengebühren soziale gerecht seien, da dann endlich die sprichwörtliche Putzfrau dem Arztsohn nicht mehr sein Studium bezahle. Jetzt wird der Zynismus deutlich, der inzwischen die Debatte beherrscht: Die Politik hat über die letzten Jahre dafür Sorge getragen, dass der Anteil von Gewinnen, Vermögen und hohen Einkommen an der Finanzierung der sozialen Infrastruktur immer weiter zurückgegangen ist Der Anteil der Schichten mit mittleren und unteren Einkommen ist dagegen immer weiter gestiegen. Diese Politik war im Zusammenspiel mit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung durchaus erfolgreich. In Deutschland entfallen inzwischen auf 10% der Privathaushalte 42% des Privatvermögens, was einem Gesamtwert von 2,2 Billionen Euro entspricht. Nun wird es auch noch als soziale Er rungenschaft abgefeiert, wenn die Schichten mit mittleren und unteren Einkommen ihre Kinder bald gar nicht mehr auf die Unis schicken können, weil sie nachgewiesenermaßen die Studiengebühren oder das Risiko der Verschuldung nicht tragen können. Jedoch wird auch weiterhin ein Teil der Bildungskosten durch den Staat finanziert. Unterm Strich sorgt also die Politik dafür, dass die Putzfrau in zunehmendem Maße die Finanzierung der sozialen Infrastruktur bezahlt, zu der auch die Unis gehören, nur dass bald auch garantiert ist, dass ihre Kinder sich nicht mehr dorthin verirren werden.

## Sachzwang und Gemüt

Mit dem Sachzwangargument der leeren Kassen soll ein Instrument etabliert werden, das ein neues Verständnis von Bildung in den Köpfen der Studierenden etablieren soll: Die Studierenden sollen begreifen, so der niedersächsische Ministerpräsident Lutz Stratmann, dass Bildung eine „hochrentable Investitionen in die eigene berufliche und private Zukunft“ ist. Die intendierte Ökonomisierung zielt dabei auf zweierlei. Zum einen soll das Studium strenger an Inhalten ausgerichtet werden, die später von den Unternehmen nachgefragt werden, und zum anderen sollen die Studierenden schneller studieren. So legitim das Interesse Einiger ist, an der Universi-

zunehmend zu entdemokratisieren. Dem gilt es sich entgegen zu stellen.

Auf die Methoden wie die leistungsorientierte Mittelvergabe haben wir als Studierende nur politisch Einfluss. Evaluationen dagegen sind auf unsere unmittelbare Mitarbeit angewiesen. Wir schlagen deshalb folgenden Umgang mit den verordneten Evaluationen vor: Da es die Drohung Seitens des Präsidiums gibt, die Beteiligung an den Evaluationen zu erzwingen, wenn sich nicht in angemessener Zahl beteiligt wird, sollten wir sie nicht einfach boykottieren. Bewertet stattdessen alle Fragen mit den bestmöglichen Ergebnissen. So hat das Präsidium seine Rücklaufquote, ohne aber die Ergebnisse für ihre Schließungs- und Kürzungslegitimationen verwenden zu können. Für Eure Kritik an den Dozierenden könnt ihr Euch immer noch an Eure Fachschaften wenden, die Mittel und Wege finden können Eurer Kritik Gehör zu verschaffen - wenn nötig auch anonym.

Es gibt noch genug zu kritisieren an der ungleichen Machtverteilung zwischen Studierenden und Dozierenden, wir sollten aber vermeiden, uns für die Kürzungspolitik von Landespolitikern oder - wie im aktuellen Fall - von Unipräsidenten instrumentalisieren zu lassen.

# +++ Analyse ++ Kritik ++ Aktion! +++

## Basisdemokratisches Bündnis

tät

v.a. eine gute berufsorientierte Ausbildung zu erhalten, darf die Berufung auf die sog. Praxis, mit der immer nur die Berufspraxis gemeint ist, nicht zu einem Zensurinstrument werden, um kritische Inhalte aus der Lehre zu entfernen.

Wie sich diese schöne neue Bildungswelt anfühlt, können wir bereits jetzt beobachten, wenn wir sehen, welchen Druck allein, die kommende Einführung von Studiengebühren erzeugt. Wie das für die Erstsemester ab dem Wintersemester 06/07 sein wird, die für jede Schludrigkeit in der Orientierungszeit der ersten Semester ihren Dispo überprüfen müssen, ist kaum abzusehen. Damit sind Studiengebühren ein Angriff auf die Wissenschaft und die Bildung selbst. Denn Bildung bedeutet nicht allein, die Vermittlung von Wissen, sondern die Herausbildung eines kritischen wissenschaftlichen Habitus. Dieser muss jedoch in der Auseinandersetzung mit den Gegenständen des Fachs eingeübt werden und kann nicht als Dienstleistung eingekauft werden. Denn die Fähigkeit Dinge kritisch zu hinterfragen kann nur verinnerlicht werden durch eine beständige Auseinandersetzung mit den Themen, die die Einzelnen interessieren. Durch „zeitraubende“ Diskussionen auch außerhalb der Seminare, vertiefende Lektüre, wo es nötig ist, usw. Dem steht der homo oeconomicus, der, wie Stratmann es möchte, die Bildung v.a. als Investition ins eigene Humankapital begreift, unvereinbar entgegen. Denn das Interesse am Gegenstand verbietet ein Lernen nach Stechuhr.

Mit Studiengebühren wird statt einem kritischen wissenschaftlichen Habitus eher ein autoritärer Charakter gefördert, der wie oben beschrieben, nicht vom eigenen Interesse am Gegenstand getrieben wird, sondern von dem Versuch möglichst wenig anzuecken.

### Disziplinierung

Für Einige erscheint das Anliegen der Politik, die Studienzeiten zu verringern, als persönlich wünschenswert, weil sie v.a. ein Interesse an einer zügigen Ausbildung haben. Sie sollten jedoch stutzig werden, wenn hierfür auf Disziplinierungsmittel wie Studiengebühren oder die verschiedenen Ausleseverfahren bei BA/MA zurückgegriffen wird. Denn hier wird deutlich: es geht darum, dass bei schlechter werdenden Bedingungen in der sog. „Massenbildung“ die Menschen schneller fertig werden. Man will die Studierenden also nicht in dem von ihnen gewünschten Tempo studieren lassen.

Statt dessen soll auf alle der gleiche Druck ausgeübt werden bei schlechter werdenden Bedingungen die höher werdenden Ansprüche zu erfüllen. Für BA-Studierende bedeutet das weniger Einfluss auf den Studienverlauf bei weniger Möglichkeiten zur Themenwahl und mehr Überschneidungen bei Pflichtveranstaltungen, weil die starren Stundenpläne zwischen den Fächern und Fakultäten nicht angemessen koordiniert werden können. Wer sich davon nicht stressen lässt und mehr als die vorgesehenen sechs Semester einplant, kann künftig jede nicht besuchte Pflichtveranstaltung in bares Geld umrechnen. Das unter diesen Bedingung, keine Wissenschaft möglich ist, sondern nur eine gehetzte Ausbildung, bei der jede Vertiefung des Themas eine Frage des Geldbeutels ist, liegt genau im Interesse der Politik. Denn mit dieser Form der Disziplinierung sind die Studiengebühren Teil eines gesamtgesellschaftlichen Disziplinierungsprogramms. Dabei lassen sich gleich mehrere strukturelle Ähnlichkeiten zum größten Disziplinierungs- und Verarmungsprogramm der Nachkriegsgeschichte ausmachen: der Einführung von Arbeitslosengeld II durch Hartz IV. Auch im Vorfeld dieser „Reform“ wurde immer wieder mit dem Argument gearbeitet, dass sich die Arbeitslosen wegen der allgemeinen Kassenlage zukünftig mehr einschränken müssten. Jedoch ist die Arbeitslosenverwaltung heute teurer als vor der Reform, obwohl die Menschen materiell schlechter gestellt sind als zuvor. Auch hier ging es nicht in erster Linie darum Geld zu sparen, sondern durch den neuen Einsatz des Geldes einen höheren Disziplinierungseffekt zu erreichen. Und so fließt das Geld zunehmend in die sog. Verfolgungsbetreuung, durch die die Arbeitslosen, ähnlich wie die Studierenden, dazu gedrängt werden sollen, sich selbst mehr und mehr zu disziplinieren. Hinter beiden Reformen, steht ein Leitbild, dass davon ausgeht, dass die mangelnde Leistungsbereitschaft der Menschen, Grund für die gesellschaftliche Krise in Deutschland ist. So wird das Problem individualisiert und den Einzelnen aufgeladen, die mit dem latenten oder offenen Vorwurf leben sollen, wegen ihrer mangelnden Leistungsbereitschaft nicht das Ihre zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme beizutragen. Das Sachzwangargument der leeren Kassen dient hierbei als universelle Allzweckwaffe, um diesen moralisierenden Vorwurf mit vermeintlich harten ökonomischen Fakten zu untermauern. Wir müssen deshalb offensiv mit ihm brechen, damit eine offene Debatte über die Zukunft der Bildung möglich wird.

[kalle@bb-goettingen.de](mailto:kalle@bb-goettingen.de)

### Termine

Mo-Mi, 5-7.12. // Oeconomicum  
**48-Stunden-Uni**

48 Stunden selbstorganisierte Bildung von Studierenden für Alle!  
Programm unter [www.bildungsklau.de/48h](http://www.bildungsklau.de/48h)

12.12, 19:30 Uhr // Theaterkeller  
**Reformen, Revolutionen  
- ein kritischer Blick  
nach Venezuela**

Mit einem Aktivisten aus Caracas  
Veranstaltet von der >A.L.<

BB-Veranstaltungen auf der 48h-Uni:

Di, 6.12, 12:00 Uhr // Oec Ü6  
**Was bitte ist hier los?**  
Ein „Best of“ der gesellschaftskritischen Analyse, Polemik und Satire

Di, 6.12, 17:00 Uhr // Oec Ü1  
**Antisexistischer Workshop**  
Fight DomiNations!  
Eine Veranstaltung des <ak gender>

Di, 6.12, 21:00 Uhr // Oec Ü1  
**Bildung im Wandel**  
Bildungsbegriff und -Reformen seit den 60er Jahren - was hat sich warum geändert?

Mi, 7.12, 12:00 Uhr // Cafeteria  
**Einführung in die  
kritische Theorie**  
Horkheimer, Adorno, Marcuse

Mi, 7.12, 12:00 Uhr // Oec Ü6  
**Aufrüstung EU**  
Aktuelle und zukünftige Kriege

Mi, 7.12, 14:00 Uhr // Oec Ü2  
**Lesung: der große  
Uni-Streik 1987**  
BG Geschichte

Mi, 7.12, 14:00 Uhr // Oec Ü2  
**Perspektiven des Protests**  
Eine Fishbowl-Diskussion des BB

weitere Termine auf:  
[www.bb-goettingen.de](http://www.bb-goettingen.de)

Besucht unsere Homepage:

# Das Info-Portal für Bildungskritik!

unter:

Basisdemokratie Antirassismus & Antifaschismus Politik & Wahnsinn Uni Göttingen vieles mehr...

Basisdemokratisches Bündnis



# www.bb-goettingen.de

Studiengebühren Bachelor/Master-Kritik Bildungspolitik & Gesellschaft Studierenden-Proteste